

Japanische Innenpolitik 2010/2011: Schwerpunkte und Tendenzen

Japanese Domestic Policy 2010/2011: Highlights and Tendencies

Manfred Pohl

The Great East Japan Earthquake of March 21, 2011 has dwarfed all other major highlights of domestic politics in Japan, both before and after the catastrophe. The DPJ-led government, already dangerously weakened by political infighting and highly unpopular political strategies, was caught completely unprepared by the earthquake, the deadly tsunami and the nuclear disaster of Fukushima. In the turmoil of following political and economic shockwaves Japan lost yet another Prime Minister. When Naoto Kan was forced to step down in August 2011, he was the sixth Prime Minister who had failed within only five years. The desperate struggle of the major parties, the government and most of all the elite bureaucracy to cope with the catastrophe revealed a degree of ineffective leadership and administrative clumsiness, which shocked even the usually quietly suffering Japanese public. Looking back, the year 2010/2011 may well be regarded as a turning point for political culture in Japan.

1. Einleitung

Quälende Ursachenforschung und wohlfeile Schuldzuweisungen, menschliches Leid und tagespolitischer Theaterdonner – die innenpolitische Lage Japans bot nach der dreifachen Katastrophe von Ostjapan (*higashi nihon daishinsai*) ein bestürzendes Bild: Die Katastrophenserie vom März 2011 führte zu einer unübersichtlichen Lage, sämtliche Ereignisse auf der innenpolitischen Bühne Japans aus den voran gegangenen Monaten verblassten angesichts der Folge von Schocks nach dem ersten

Quartal 2011. In Ostjapan bebte am 11. März die Erde, die stärksten jemals in Japan registrierten Erdstöße von knapp über 9 auf der Richterskala wurden gemessen. Eine kurz darauf folgende gewaltige Tsunami-Welle überflutete die Küsten der Präfektur Miyagi, und diese Naturgewalten zerstörten sämtliche Sicherheitseinrichtungen der Reaktorblöcke des Atomkraftwerks Fukushima I: Es kam dort zum GAU. Der Chronist sieht sich gezwungen, für die Darstellung der Katastrophe auf Daten zurückzugreifen, die noch immer verwirrend, widersprüchlich und häufig ungesichert sind, teils ungewollt, teils zielbewusst veröffentlichten die Verantwortlichen – Politiker, Kraftwerksbetreiber und Bürokratieapparate – Informationen zögernd, stückweise und unpräzise, oft auch verschleiern.

Der innenpolitische Teil des Jahrbuches muss auch 2011 mit einem politischen Nachruf auf einen (weiteren) gescheiterten Regierungschef beginnen: das Kabinett Naoto Kan trat im September 2011 ab. Die (größte) Regierungspartei DPJ musste zum dritten Mal in zwei Jahren einen neuen Parteichef wählen, und Japan bekam einen neuen Premierminister. Damit wurde ein Trend fortgesetzt, der 1989, mit Beginn der Ära Heisei, einsetzte: Regierungschefs wurden fast immer nach nur einem Jahr im Amt ausgewechselt – ausnahmslos ohne vorangegangene Unterhauswahlen: Shinzō Abe (2007), Yasuo Fukuda (Sept. 2007 – Sept. 2008), Tarō Asō (Sept. 2008 – Sept. 2009), Yukio Hatoyama (Sept. 2009 – Juni 2010), Naoto Kan (Juni 2010 – Aug. 2011). Die große Ausnahme war Jun'ichirō Koizumi, der über fünf Jahre im Amt blieb, aber auch schon vor ihm hielten Japans Premierminister sich selten länger als zwei Jahre in dieser Position: nur Toshiki Kaifu und Ryūtarō Hashimoto blieben über zwei Jahre im Amt (*AEN ONLINE* 29.08.2011; YOKOTA 2011: 10).

Nachdem der glücklose Regierungschef Kan mit Hilfe seiner »undatierten Rücktrittsankündigung« vom Juni noch einem wohl erfolgreichen Misstrauensvotum gegen ihn knapp entkommen war, teilte er am 9. August dem Generalsekretär der DPJ mit, dass er vor Ablauf August sein Amt aufgeben werde (*AEN ONLINE* 06.08.2011). Am 30. August wurde Yoshihiko Noda zu seinem Nachfolger gewählt, der sechste Partei- und Regierungschef in fünf Jahren.

2. Rückblick – Innenpolitische Alarmsignale: Die Regierung Kan im Belagerungszustand

Als Hoffnungsträger war Naoto Kan mit seinem Kabinett im Juni 2010 angetreten, seither verfiel das Ansehen der Regierung schnell und unaufhaltsam. Die Stufen des Abstiegs lassen sich mit wenigen markanten Ereignissen verknüpfen. Am 4. Juni 2010 wurde Kan zum 94. Premierminister Japans in beiden Kammern des Par-

laments gewählt, am 8. Juni wurde sein neues Kabinett vereidigt (*AEN ONLINE* 04.06.2010). Es folgte ein kühner, fast tollkühner Vorstoß des Regierungschefs, der ihn bereits erste Sympathiepunkte kostete: Er gab bekannt, dass seine Regierung eine Erhöhung der Mehrwertsteuer (Verbrauchersteuer) plane; die Quittung folgte in den Oberhauswahlen vom Juli 2010 – die DPJ erlitt eine verheerende Niederlage und verlor die Hälfte ihrer Sitze in der zweiten Kammer, die seither von der Opposition kontrolliert wird. Die Folge ist eine Patt-Situation im Parlament (engl. *hung parliament*). Andere außenpolitische Unvorsichtigkeiten und innenpolitische Machtkämpfe beschädigten das öffentliche Ansehen Kans weiter: Das Kabinett beschloss am 10. August 2010, anlässlich des 100-jährigen Jahrestages der Kolonisierung Koreas eine (in Japan durchaus unpopuläre) Entschuldigung für die Kolonialherrschaft über das Nachbarland. Die Japanisch-Koreanische Vereinigung Christlicher Parlamentarier hatte überdies ein Papier verabschiedet, das auch von mindestens einem japanischen Parlamentarier unterzeichnet worden war; darin war nicht eindeutig die Takeshima-Insel als japanisches Territorium bezeichnet worden, der DPJ-Abgeordnete hatte überdies auch an einer Gedenkveranstaltung für die koreanische Unabhängigkeitsbewegung gegen die japanische Kolonialherrschaft teilgenommen – nach heftiger Kritik legte er seinen Vorsitz des Ethik-Ausschusses im Unterhaus nieder. Im September kam es zu einem Zwischenfall im Seegebiet um die Senkaku-Inseln: Ein chinesisches Fischerboot rammte offenbar vorsätzlich (d.h. sicher mit Billigung chinesischer Regierungsstellen) ein Patrouillenboot der japanischen Küstenwache; der Kapitän des Trawlers wurde festgenommen, das Bezirksgericht Naha (Okinawa) setzte ihn aber zwei Wochen später wieder auf freien Fuß.

Noch im August 2010 ging auch Ichirō Ozawa wieder offen gegen Kan vor: Er kündigte an, gegen den Parteichef um eine neue Parteispitze zu kandidieren. Hinter ihm stand auch die Hatoyama-Gruppe der DPJ, die noch immer das schnelle Amtsende ihres Faktionschefs als Regierungschef nicht verwunden hatte; zusammen war es fast die Hälfte aller DPJ-Parlamentarier. Im Machtkampf mit dem ehemaligen Parteivorsitzenden am 14. September setzte sich Kan aber durch und wurde zum neuen Parteichef der DPJ gewählt, drei Tage später bildete er das Kabinett um, Anhänger Ozawas wurden nicht mit Ministerposten betraut. Die 5. Staatsanwaltschaft Tōkyō gab am 4. Oktober bekannt, dass sie gegen Ozawa wegen Verdachts auf Verstoß gegen das Gesetz über politische Finanzen ermitteln wollte, um Anklage zu erheben. Bei Nachwahlen für einen Unterhaussitz im Wahlkreis Hokkaidō 5 erlitt der DPJ-Kandidat ebenfalls noch im Oktober eine schwere Niederlage, ein erstes innenpolitisches Wetterleuchten. Außenpolitisch musste die Regierung Kan im November mit zwei außenpolitischen Krisen und ihren innenpolitischen Auswir-

kungen fertig werden: Kurz nachdem das Bezirksgericht Naha den chinesischen Kapitän des Trawlers, der das japanische Küstenwachboot gerammt hatte, auf freien Fuß setzte, hatte der russische Präsident Medwedjew die japanische Regierung mit einem demonstrativen Besuch auf der Kurilen-Insel Kunashiri provoziert. Die Inselgruppe wird von Tōkyō als japanisches Territorium betrachtet (November 2010). Ein kurzer Lichtblick folgte auf dem APEC-Gipfel von Yokohama, als Kan Einzelgespräche mit den Präsidenten der USA, Russlands und Chinas führen konnte und damit innenpolitisch einige Pluspunkte sammelte. Es folgte eine weitere Korea-Krise, als nordkoreanische Artillerie eine südkoreanische Insel beschoss, wobei es zivile Opfer gab. Japan stimmte sich mit den USA, Südkorea und China ab und beließ es bei »ernsten Warnungen«.

Einer abfälligen Äußerung des Justizministers Yanagida über die »leichte Arbeit« bei Parlamentsbefragungen, die ihn zum Rücktritt zwang (s.u.), folgte ein kurzlebiger innenpolitischer Erfolg: Der Nachtragshaushalt 2011 wurde im Kabinett verabschiedet (26./27. November), obwohl Regierungssprecher Sengoku und Verkehrsminister Sumio Mabuchi im Oberhaus eine Rüge erhielten, weil sie angeblich den Senkaku-Zwischenfall zu einer Krise der japanisch-chinesischen Beziehungen eskalieren ließen. Natürlich blieb die Rüge folgenlos, da sie mit der DPJ-Mehrheit im Unterhaus aufgehoben wird und Kan nicht die Absicht hatte, die beiden zu entlassen (MS 27.11.2010). Dagegen kündigten sich die gesamtnationalen Regionalwahlen 2010/11 (*tōitsu chihō senkyō*) als Scherbengericht über Kans Regierung an: Es begann mit den Regionalwahlen von Ibaraki im Dezember 2010, die zu einem Desaster für DPJ-Kandidaten wurden (12. Dezember 2010).

Am 20. Dezember traf Kan seinen Gegner Ozawa und forderte ihn auf, sich vor dem Ethikausschuss des Unterhauses zu verantworten – Ozawa lehnte das kategorisch ab. Im Dezember schlug Kans Versuch fehl, die oppositionelle Partei Tachiagare Nippon (Sunrise Party, deutsch: Steh auf, Japan!) für eine Koalition zu gewinnen. Mit Jahresbeginn 2011 forderte Kan Ozawa auf, sein Unterhausmandat aufzugeben, wenn die Staatsanwaltschaft gegen ihn ein förmliches Ermittlungsverfahren eröffnet, natürlich lehnte Ozawa auch dieses Ansinnen ab. Auf dem Parteitag der DPJ am 13. Januar versuchte Kan schließlich einen innerparteilichen Neubeginn (MS 14.01.2011).

Innerhalb von nur fünf Jahren scheiterten vier japanische Regierungschefs, 2011 stand auch der fünfte, Naoto Kan, vor den Trümmern seiner Regierungsarbeit. Der Niedergang begann schon 2010, aber die dreifache Katastrophe von Ostjapan bzw. Fukushima markierte sein endgültiges Scheitern: Erdbeben, Tsunami und der GAU im Kernkraftwerk Fukushima I am 11. März 2011 brachten das Ansehen des Regierungschefs auf einen bisher nicht gesehenen Tiefpunkt in der Bevölkerung; schon

zu Beginn des Jahres 2011 war Kan nur noch ein Regierungschef auf Abruf. Aber nicht nur der Premierminister, sondern die gesamte politische Klasse Japans wurde im Verlauf der Katastrophe als hilflos, führungsschwach und orientierungslos entlarvt. Gleiches galt auch für die bisher stets hoch geachtete Ministerialbürokratie. Schlimmer noch: Regierung und Bürokratie hatten die japanische Bevölkerung in den vergangenen Jahren offenbar systematisch getäuscht, schwere Sicherheitslücken in einigen Kernkraftwerken vertuscht und sich zum willigen Handlanger der Energieindustrie gemacht, mit der die politische Klasse engste Verbindungen pflegt. Die politische Kultur Japans dürfte vor der größten Herausforderung ihrer Geschichte stehen, die Akteure der japanischen Demokratie, ihre Organisationen, die gesamten demokratischen Strukturen befinden sich in einer überaus harten Bewährungsprobe, deren Ausgang ungewiss ist.

3. DPJ-Parteitag 2011: Weitere Kabinettsumbildung und Rotation an der Parteispitze

Im Januar 2011 versuchte Kan auf dem DPJ-Parteitag einen Neustart durch weitere Positionsumbesetzungen im Kabinett und an der Parteispitze. In seiner Grundsatzrede unterstrich Kan, dass er durch eine Kabinettsumbildung und neue Gesichter in der Parteiführung die Position der DPJ in der anstehenden Parlamentssession stärken wollte. An der Spitze der DPJ behielt Katsuya Okada den Posten des Generalsekretärs, Sengoku musste dagegen seinen einflussreichen Posten als Generalsekretär des Kabinetts räumen, konnte jedoch mit Yukio Edano einen Protegé auf diesen Posten drücken; mit 46 Jahren war Edano der jüngste Regierungssprecher aller Zeiten (*AEN ONLINE* 15.01.2011). Mit Edano und Sengoku standen jetzt zwei Mitglieder der Ryōunkai an der DPJ-Spitze, die Gruppe steht unter Führung des damaligen Außenministers Seiji Maehara; Okada gehört keiner innerparteilichen Gruppe an, wurde aber von vielen Abgeordneten gestützt, die nicht zur Ryōunkai zählten. Okada hatte sich den Forderungen der Opposition im Oberhaus nach Ablösung Sengokus als Generalsekretär des Kabinetts angeschlossen. Als Sengoku zum amtierenden Parteipräsidenten der DPJ ernannt wurde (Kan ließ das Amt als Regierungschef ruhen), verhinderte Okada mit Erfolg, dass Sengoku auch den Vorsitz des Parlamentarischen Lenkungsausschusses der DPJ übernahm (*AEN ONLINE* 15.01.2011). Die Rolle Ozawas in diesem Konflikt ist unscharf, aber beide Konfliktgruppen waren gegen ihn, Edano versuchte alles, um Ozawa aus der DPJ zu drängen. Zu Beginn des Jahres 2011 hatte Sengoku mit Hilfe Edanos weitgehend

die Kontrolle der Regierungsarbeit übernommen, die parlamentarische Arbeit aber blieb weiter in den Händen Okadas.

Das zweite Kabinett Kans war eine »Regierung der Überraschungen«, aufgebaut auf einer »unlogischen Troika«. Erbitterte Gegner wurden zur Stabilitätsachse der neuen Regierung: Banri Kaieda musste als Wirtschaftsminister seinem Erzfeind Kaoru Yosano weichen, den er jahrelang im gemeinsamen Wahlkreis Tōkyō 1 bekämpft hatte. Yosano selbst zählte zu jenen Politikern, die in der Opposition dazu aufriefen, die DPJ zu »zermalmen«, weil sie »die Wirtschaft Japans zugrunde richtet«, so der Titel eines Buches von Yosano (*AEN ONLINE* 15.01.2011; *SANKEI* 15.01.2011). Satsuki Eda auf den Posten des Justizministers zu berufen, war eine unvernünftige Entscheidung, meinten Beobachter: er entstammt der Richterschaft, zählte zur politischen Gruppe der Rechtsanwälte und hatte nur Erfahrungen aus der Arbeit im Oberhaus (als Sprecher); es war das erste Mal, dass ein Politiker mit solch »untypischem« Hintergrund auf einen Kabinettsposten berufen wurde. Andererseits verband Kan und Eda vieles: Als Sohn des enttäuschten Alt-Sozialisten Saburō Eda kam er in die SDPJ, wurde ins Oberhaus gewählt und gab dann seine Richterkarriere auf. Unter Hosokawa war er Wissenschaftsminister gewesen.

Eine weitere Kabinettsumbildung erfolgte im Juni 2011. Zwei neu geschaffene Ressorts wurden dem Kabinett angegliedert: Sonderberater Goshi Hosono wurde Staatsminister für die Krisenbewältigung in Fukushima, er hatte die Verbindungen zwischen dem Betreiber von Fukushima I, TEPCO (Tokyo Electric Power Company), und der Regierung gehalten. Der frühere Umweltminister Ryū Matsumoto wurde Wiederaufbauminister, zuvor hatte er die Maßnahmen zur Trümmerbeseitigung und den Aufbau von Notunterkünften geleitet. Justizminister Satsuki Eda übernahm das Umweltressort, die Ministerin für »Revitalisierung der Regierung« und einzige Frau in Kans Kabinettsriege, Renhō, wurde als Sonderberaterin zurückgestuft, um die Zahl von 17 Ministerien zu halten, Generalsekretär des Kabinetts Yukio Edano übernahm ihre Aufgaben mit. Staatssekretär (Vizeminister) im Innenministerium wurde der ehemalige LDP-Politiker Kazuyuki Hamada mit Zuständigkeit für den Aufbau der gesamten betroffenen Region Nordostjapans.

4. Ministerrücktritte und Misstrauensvotum – und Nachfolgekämpfe

Die Katastrophen vom 11. März 2011 trafen mit ungebremsster Wucht eine Regierung, die schon länger nicht mehr voll handlungsfähig war, weil sie sich in einem zermürbenden Abwehrkampf in alle Richtungen fand. Kabinettskrisen um einzelne Regierungsmitglieder verschärften unter diesen Umständen die Lage: Das zwei-

te Halbjahr 2010 begann mit dem Rücktritt des Ministers für Postwesen im Juni. Es folgte der Rücktritt des Justizministers Minoru Yanagida im November 2010. Dem Minister wurde Missachtung des Parlaments vorgeworfen, nachdem er sich abfällig über seine Auskunftspflicht gegenüber den Abgeordneten geäußert hatte: Sein Amt sei hier leicht, so Yanagida, er brauche nur zwei Antwort-Phrasen: »zu speziellen Fällen äußere ich mich nicht« und »wir ergreifen angemessene Maßnahmen nach Recht und Gesetz«. Die Opposition forderte daraufhin Yanagidas Rücktritt und blockierte die Beratungen über das Hilfspaket für die Erdbebengebiete (AS 22.11.2010). Die oft undurchschaubaren Mechanismen japanischer Parlamentsentscheidungen führten einige Wochen später schon wieder dazu, dass Yanagida im Oberhaus zum Vorsitzenden des Sonderausschusses für Aufbaumaßnahmen der Erdbebengebiete in Ostjapan gewählt wurde; die Oberhausabgeordneten der Kōmeitō (Shin Kōmeitō, kurz: Kōmeitō) hatten für ihn gestimmt (MS 14.06.2011).

Seit 2006 gab es jedes Jahr mindestens einen Ministerrücktritt (2006/07 in den beiden Kabinetten Abes allein vier). Die Gründe waren unterschiedlichster Art, meist aber lieferten unbedachte Äußerungen oder Bestechungs- bzw. Korruptionsfälle den Anlass, es gab aber auch Demissionen wegen Meinungsverschiedenheiten mit dem Regierungschef über politische Grundsatzentscheidungen; dabei suchten rebellierende Minister nicht selten nach Profilierungschancen für die eigene Karriere.

Nach der Rücktrittsankündigung Kans vom Juni 2011 waren einige Spitzenpolitiker in der DPJ schnell bereit, sich als mögliche Nachfolger zu positionieren, wenn auch bis August 2011 nicht wirklich erkennbar war, zu welchem konkreten Zeitpunkt Kan sein Amt niederlegen würde. Der Regierungschef hatte durch seine Vorbedingungen zum Rücktritt alle Gegner in Zugzwang gebracht, ohne ihnen in der innenpolitisch hoch angespannten Lage wirkliche Spielräume für taktische Ränkespiele zu öffnen. Neben den Faktionskämpfen in der DPJ (z.B. zwischen Sengoku und Okada) gab es mindestens einen Spitzenpolitiker, der sich in seinem vorschnellen Machtstreben zeitweise selbst demontierte – Wirtschaftsminister Banri Kaieda. Ohne Rückhalt in einer der innerparteilichen Faktionen der (größten) Regierungspartei suchte er sich für die Kan-Nachfolge zu profilieren, indem er offen gegen Kans Atompolitik opponierte: Nachdem der Regierungschef im Juli Stress-tests für alle Kernkraftwerke angeordnet hatte – ohne Kaieda vorab zu informieren – kündigte Kaieda seinen Rücktritt an, denn er hatte von sich aus bereits das Hochfahren einzelner Meiler genehmigt. Kaieda plante wohl ursprünglich, das Kabinett Anfang August zu verlassen, um sich medienwirksam von Kan zu distanzieren. Seinen Rücktritt hatte er für einen Zeitpunkt unmittelbar nach Verabschiedung eines Fonds zur Unterstützung der Opfer der Atomkatastrophe und eines verschärften

Gesetzes zur Förderung alternativer Energien geplant, also um den 3. August. Sein Ziel, mit Hilfe der Gegner Kans und DPJ-Politikern, die nicht zu einer Faktion gehören, Parteipräsident der DPJ zu werden, wurde durch einen Skandal zunichte gemacht: Die Nuclear and Industrial Safety Agency (NISA) hatte schon 2007 versucht, auf einem Symposium die öffentliche Meinung zur Kernenergie massiv zu manipulieren – die NISA aber untersteht dem Wirtschaftsminister, damals also Kaieda (*ECONOMIST* 16.07.2011: 58). Damit war die NISA erstmals öffentlich in einen Manipulationsskandal verwickelt, der weit über die Machenschaften um das Wiederanfahren des Werks Genkai hinausging (*TDY ONLINE* 29.07.2011).

Im Wirtschaftsausschuss des Unterhauses brach Kaieda in Tränen aus, als ein LDP-Abgeordneter ihn wegen seines angekündigten Rücktritts bedrängte und ihm generell Unfähigkeit vorwarf – ein schwerer Image-Schaden. Kaieda gehört informell zur Hatoyama-Faktion in der DPJ, die sich bestürzt über das Verhalten des Wirtschaftsministers äußerte. In der Partei war man überzeugt, dass ein sofortiger Rücktritt Kaiedas Premierminister Kan einen (willkommenen) Vorwand geliefert hätte, den eigenen Rücktritt aufzuschieben, weil das Gesetz zur erneuerbaren Energie noch nicht verabschiedet war (eine Rücktrittsbedingung Kans). Ozawa ließ noch einmal seine Ränke spielen und sprach sich für Kaiedas sofortigen Rücktritt aus, um Kan zu schwächen; der alte Powerbroker suggerierte, nach einem schnellen Rücktritt könne Kaieda sofort Regierungschef werden (*KONNO/SATO* 02.08.2011).

Im März 2011 musste Außenminister Seiji Maehara als bis dahin drittes Rücktrittsoffer seinen Hut nehmen, weil er von einem »ausländischen Bürger in Japan« illegale politische Spenden angenommen hatte – es handelte sich um eine Bürgerin mit südkoreanischem Pass. Um die Gefahr ausländischer Einflüsse auf die japanische Innenpolitik zu bannen, sind politische Spenden ausländischer Staatsbürger oder ihrer Organisationen an einzelne japanische Politiker, Gruppen oder Parteien verboten. Ministerpräsident Kan musste dem Druck der Opposition nachgeben und das Rücktrittsangebot seines engsten Verbündeten annehmen. Über fünf Jahre hatte Maehara von der koreanischen Restaurantbesitzerin aus Kyōto, die er als Teenager kannte, ohne sein Wissen (lt. Maehara) insgesamt umgerechnet ca. 2.500 Euro erhalten, eine eher lächerliche Summe verglichen mit Beträgen in anderen Skandalen derselben Art. Beobachter vermuteten hinter dem Rücktritt deshalb auch einen politischen Rettungsversuch Maeharas durch Trennung von Kan (*AEN ONLINE* 08.03.2011; *ECONOMIST* 12.03.2011: 60; *TDY ONLINE* 25.07.2011).

Kaieda hatte sich von seinem unglücklichen Taktieren offenbar schnell erholt: Am 19. August verkündete er offiziell seine Kandidatur für den Posten des Parteichefs der DPJ – Kan hatte sein Rücktrittsdatum noch nicht einmal bekannt gegeben. Auch Landwirtschaftsminister Michihiko Kano deutete gegenüber Sympathisanten

eine mögliche Bewerbung an. Mitte August hatten also vier Kandidaten ihren Hut in den Ring geworfen, außer Kaieda und Kano noch Finanzminister Noda und Verkehrsminister Mabuchi, aber auch der ehemalige Außenminister Maehara schien noch im Rennen. Auch jetzt noch war für jeden Wahlausgang die Haltung der größten innerparteilichen Machtgruppe um Ichirō Ozawa mit 120 Mitgliedern entscheidend. Kaieda hatte bereits mit Ozawa und dem ehemaligen Regierungschef Yukio Hatoyama gesprochen; dabei versicherte er anscheinend Ozawa, dass der Machtbroker seine Parteirechte wiederbekommen würde, wenn er Kaieda stützt und dieser erfolgreich wäre (*AEN ONLINE* 19.08.2011).

Der ehemalige Minister für Grund und Boden/Verkehr/Infrastruktur/Tourismus, Sumio Mabuchi, sagte nach einem Gespräch mit Generalsekretär Nobuteru Ishihara von der LDP, dass Kan noch vor Ende August zurücktreten werde, und heizte damit weiter die Gerüchteküche an (*TDY ONLINE* 03.08.2011). Er hatte bereits gegenüber DPJ-Abgeordneten unter Anwesenheit des DPJ-Generalsekretärs Okada seine Absicht bekundet, selbst das Amt des Parteipräsidenten der DPJ anzustreben (*JIII PRESS ONLINE* 29.07.2011). Zusammen mit Yoshito Sengoku – der ebenso wie Okada im November 2010 ein nicht bindendes Misstrauensvotum im Oberhaus (Rüge) überstanden hatte – war Mabuchi zum Opfer der Bündnisstrategie Kans geworden, der mit der Entlassung der beiden einer Forderung der Opposition nachkam, die damit ihre Zustimmung zum geplanten Nachtragshaushalt verbunden hatte (*TDY ONLINE* 27.11.2010).

Kurz vor seinem erwarteten Rücktritt im August führte Kan noch einen Schlag gegen die politischen Netzwerker der Kernenergie-Lobby: Industrie-, Wirtschafts- und Handelsminister Banri Kaieda entließ die drei ranghöchsten Beamten, die (bisher) in seinem Ministerium für die Kernkraft zuständig waren. Gehen mussten der Chef der Atomaufsichtsbehörde NISA, Nobuaki Terasaka, Vizewirtschaftsminister Kazuo Matsunaga und Tetsuhiro Hosono, Generaldirektor der Behörde für Naturressourcen und Energie, ein vehementer Verfechter der Kernenergie. Und schließlich stand im August auch Kaiedas eigener Rücktritt an, da mehrere Energieunternehmen einräumen mussten, auf Weisung der NISA die Öffentlichkeit für die Atomkraft manipuliert zu haben (*KÖLLING* 05.08.2011). Die Entlassung der drei Spitzenbeamten hatte Kaieda offenbar lange vorbereitet und betonte auf einer Pressekonferenz, dass er selbst – und nicht Kan – diese Personalentscheidungen getroffen habe, auch diese Aussage wohl eine Absicherung für die eigene Zukunft (*AS ONLINE* 05.08.2011).

5. Die letzten Wochen der Kan-Regierung

Schon Mitte Februar 2011 hatte sich eine geschlossene Front formiert, die Kans Rücktritt forderte; mehr oder weniger offen zählten dazu auch Parlamentarier seiner eigenen Partei. Zusammen mit Abgeordneten der SDPJ standen Zweidrittel der Unterhausabgeordneten gegen den Regierungschef (*NIKKEI* 18.02.2011; *MS* 17.02.2011). Die SDPJ und die KMT widersetzten sich jeder Steuererhöhung als Grundlage einer Gegenfinanzierung der geplanten Ausgaben, die Kōmeitō verknüpfte ihre Zustimmung sogar offen mit der Forderung nach einem Rücktritt des Regierungschefs. Teile der DPJ wären nicht einmal mit einem Rücktritt Kans zufrieden gewesen, sie forderten Neuwahlen, um nicht dem Haushaltsgesetz zustimmen zu müssen (*NIKKEI* 22.02.2011).

Der erbitterte Kampf zwischen LDP und DPJ, der weiter schwelende Zorn über die verlorene Macht in der LDP wirkte sich sogar auf die Abstimmung über ein fraktionsübergreifendes parlamentarisches Dokument aus, in dem 150 Jahre Japanisch-Deutsche Beziehungen feierlich gewürdigt werden sollten. Auseinandersetzungen über die Deutungshoheit der jüngeren Geschichte zwischen Politikern von LDP und DPJ führten dazu, dass die früheren LDP-Regierungschefs Asō, Abe und Mori sowie zehn andere LDP-Parlamentarier in einem beispiellosen Akt parlamentarischer Würdelosigkeit sich zur feierlichen Abstimmung nicht von ihren Sitzen erhoben. Ein gemeinsames Dokument kam nicht zustande, weil auch kurz vor der Plenarsitzung inhaltlich keine Einigung über das Dokument erzielt werden konnte: Die LDP lehnte es ab, die japanische Geschichte des Zweiten Weltkriegs mit der deutschen in Verbindung zu bringen und bestand auf einer »eigenen, japanischen Sicht der Geschichte« besonders hinsichtlich der »übergroßen Leiden (*taidaina meiwaku*)«, die beide Länder anderen Nationen zugefügt hätten, wie es in der Entschließung hieß (*YS* 23.04.2011).

6. Regionalwahlen 2011: Die Stunde der Regionalparteien?

Die offenkundige Hilflosigkeit und die chaotischen Aktionen der Tōkyōter Zentralregierung mussten sich für die DPJ in den ersten Wahlen nach der Erdbeben- und Atomkatastrophe von Ostjapan zwangsläufig negativ auswirken; die DPJ erlitt schwere Einbußen. In der ersten Runde der Wahlen für die Präfekturparlamente am 10. April errang die DPJ in 41 Präfekturen 346 Sitze, die LDP dagegen 1.119 (*BLOOMBERG ONLINE* 11.04.2011). In der ersten Wahlrunde wurden auch neun von 12 amtierenden Gouverneuren wiedergewählt, alle mit Unterstützung der LDP.

In wachsendem Maße beginnen sich die Regionen – Städte, Präfekturen und regionale Parlamente – gegen die Bevormundung durch die politische Klasse in Tōkyō aufzulehnen; die Wahlergebnisse – auch in den diesjährigen Regionalwahlen – verdeutlichen schon seit Jahren einen Trend, den die Parteibarone aller nationalen Großparteien gern ignoriert haben und der sie jetzt um so unvorbereiteter traf: Die Wahlbürger bauen mit ihren Stimmen für regionale Interessenorganisationen Bastionen gegen Tōkyō auf. DPJ-Generalsekretär Okada musste angesichts teils verheerender Wahlergebnisse in den Regionalwahlen einräumen, dass LDP und DPJ nicht mehr die Erwartungen der Bürger erfüllen – die *chi'iki seitō* (Regionalparteien) werden zum »Auffangbecken der Unzufriedenheit« (Okada), die regionalen Interessen rücken zunehmend in Widerspruch zu gesamtnationalen Interessen. Die LDP als größte Oppositionspartei nutzte den Trend und machte sich flugs zum Verfechter solcher regionaler Interessen, die Opposition sollte Regionalparteien nicht als Konkurrenten, sondern als Partner sehen und z.B. noch stärker populäre Kandidaten in Gouverneurswahlen unterstützen (LDP-Chef Tanigaki). Die Neue Kōmeitō betreibt ihre Politik als Sprecherin regionaler Interessen schon sehr viel länger – und wird argwöhnisch von der LDP beobachtet. Aber die Kōmeitō ist schließlich in den 1960er Jahren aus der regionalen Sōka Gakkai-Organisation entstanden. Die DPJ hatte es als Regierungspartei schwerer: Sie musste notgedrungen auch nationale Interessen über regionale Partikularinteressen stellen (YS 07.02.2011).

Am Beginn der landesweiten Regionalwahlen (*tōitsu chihō senkyo*) standen Anfang Februar 2011 die Bürgermeisterwahlen von Nagoya, dann folgten die Neuwahlen für die Stadtverordneten-Versammlung der Stadt (nach ihrer Auflösung durch einen Volksentscheid) sowie die Gouverneurswahlen von Aichi. Neuer Gouverneur von Aichi wurde als Parteiloser (sic!) der ehemalige LDP-Abgeordnete im Unterhaus Hideaki Omura, ein Politiker mit Kabinetterfahrung und – fast natürlich – mit einem Jura-Abschluss der Tōkyō Universität. Als Bürgermeister von Nagoya wurde Takashi Kawamura wiedergewählt, beide traten gemeinsam für Steuersenkungen auf Präfektorebene ein und wurden von einem Teil der LDP-Unterhausabgeordneten sowie von den Regionalorganisationen der Kōmeitō unterstützt. Sie standen an der Spitze von Regional«parteien«, die fast ausschließlich für regionale Belange eintraten: Nippon-Ichi Aichi no Kai (Japan Nr. 1 – Aichi Vereinigung) und Genzei Nippon (Steuersenkung – Japan!); ihre Gegner waren alle etablierten Parteien. Die Neuwahlen der Stadtverordneten waren nach der erzwungenen Auflösung des Stadtparlaments durch einen Volksentscheid für den März 2011 geplant – die Ereignisse aber überstürzten sich dann (YS 07.02.2011). Sowohl Omura als Gouverneurskandidat als auch Kawamura im Kampf um die Wiederwahl als

Bürgermeister von Nagoya hatten gegen die »Volksparteien« ihre eigenen Parteien registrieren lassen und setzten auf die Unzufriedenheit der Wähler mit den etablierten Parteien. Auch im Wahlkampf um den Gouverneursposten von Ōsaka setzte der Kandidat auf eine eigene Partei, die Ōsaka Isshin no Kai (Vereinigung für eine Ōsaka-Restauration). Die neue Gruppierung bestand hauptsächlich aus Präfekturabgeordneten von LDP und DPJ, die ihren Parteien den Rücken gekehrt hatten sowie aus Stadtverordneten aus Ōsaka und Sakai, sie hofften, in den Regionalwahlen in allen diesen parlamentarischen Gremien die Hälfte der Sitze zu erobern. Die Welle der *shūchō shintō* (Neue Parteien der Bosse/Chefparteien) schwappte weiter ins Land und drohte für die Großparteien regional zu einer ernststen Bedrohung zu werden (YS 07.02.2011). Im Großraum Tōkyō setzten auch der Bürgermeister von Saitama und vier andere Stadtoberhäupter der Region auf eine eigene örtliche Partei (Saitama Kaientai, Saitama Reform-Hilfskorps). Besondere Sorgen machten den beiden großen Parteien DPJ und LDP die Strategien der Neuen Kōmeitō, die gezielt auf regionale Kooperationen mit solchen »Unzufriedenheitsparteien« setzte und auf diese Art ihre bisherige Bündnisstrategie mit der LDP unterlief (YS ONLINE 08.02.2011). Die Erdbeben-, Tsunami- und Kernkraftkatastrophen wirkten sich erst mit Verzögerung auf die Regionalwahlen in den betroffenen Regionen aus, das Ministerium für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten (Sōmushō) verschob die Gouverneurswahlen in den Präfekturen Iwate, Miyagi und Fukushima, die für April angesetzt waren. Von 70 turnusmäßigen Bürgermeister-, Stadtverordneten und Kommunalparlamentswahlen wurden in drei Präfekturen Nordostjapans 20 vorläufig ausgesetzt, in Iwate fielen auf absehbare Zeit (2 – 6 Monate) alle Regionalwahlen aus, außerhalb NO-Japans wurden die Bürgermeister- und Stadtverordnetenwahlen in Mito (Ibaraki) ebenfalls ausgesetzt (NIKKEI 25.03.2011).

Die 17. gesamtnationalen Regionalwahlen begannen in 41 Präfekturen und 15 Großstädten am 1. April, um die 2.330 Sitze in den Präfekturparlamenten bewarben sich 3.445 Kandidaten, deutlich mehr Bewerber kämpften um die 924 Stadtverordnetensitze: Es bewarben sich 1.358 Kandidaten. Alle Parteien betrachteten die Präfekturwahlen als Grundlage für die bevorstehenden Unterhauswahlen, vor allem die beiden großen Parteien DPJ und LDP führten intensiv Wahlkampf – trotz der Erdbeben- und Atomkatastrophe in Nordostjapan. Von besonderem Interesse war für alle Beteiligten das mögliche Abschneiden der Regionalparteien, vor allem in Ōsaka und Aichi. Auch in den Regionalwahlen waren deshalb fast überall nationale Wahlkampfthemen vorherrschend: Krisenbewältigung, Katastrophenhilfe und Atompolitik (NIKKEI 01.04.2011). Der grundlegende Trend war überdeutlich: Überall lagen Kandidaten der DPJ gegenüber denen der LDP zurück, Regierungschef Kan wurde abgestraft; die neu entstandenen Regionalparteien feierten Erfolge:

In Ōsaka und Sakai gewann die »Ōsaka Restaurationspartei« die Hälfte der Stadtverordnetenitze. In Tōkyō wurde Shintarō Ishihara mit großem Abstand zum vierten Mal als Gouverneur gewählt, unterstützt von der LDP; angesichts sozialer Verunsicherung hatten die Wähler in der Hauptstadt sich offenbar für eine starke Führungspersonlichkeit entschieden, wie Ishihara sie vermeintlich verkörpert (*MS* 11.04.2011). In Hokkaidō gelang es Frau Harumi Takahashi zum dritten Mal, Gouverneurin zu werden, auch sie wurde unterstützt von der LDP. Mit nur 36 Jahren wurde in Mie der bisher jüngste Gouverneur gewählt, der mit Hilfe der LDP den Kandidaten der DPJ vernichtend schlug. Die Niederlagen zusammen ließen die Kritik an der DPJ-Führung, allen voran an General Okada stärker werden. In den Präfekturen mit den meisten Kernkraftwerken (Hokkaidō, Fukui, Shimane, Saga) gewannen die Amtsinhaber als Befürworter der Kernenergie erneut ihre Gouverneursposten (*YS* 11.04.2011).

In der ersten Wahlphase waren alle siegreichen Gouverneure Parteilose, jedoch wurden fast alle mehrheitlich von Organisationen der LDP unterstützt, zum Teil unter Beteiligung der Kōmeitō und kleiner Parteien. Gleiches galt für die kreisfreien Großstädte Sapporo, Shizuoka und Hiroshima (*MS* 11.04.2011). Die Signale aus der ersten Wahlphase der nationalen Regionalwahlen waren eindeutig: Die Wähler misstrauen immer stärker den etablierten Parteien und drücken ihre Unzufriedenheit bei den Wahlen aus. Sie sind des Parteiengzänks zwischen DPJ und LDP überdrüssig und beginnen an der Existenzberechtigung dieser Großparteien zu zweifeln. Besonders deutlich wurde der Trend in den Wahlergebnissen zum Präfekturparlament von Ōsaka: Die »Vereinigung für eine Ōsaka-Restoration« errang 52,3 % der Stimmen, die LDP sackte von 20,5 % auf 11,9 %, die DPJ von 21,4 % auf 9,2 %, die Kōmeitō konnte sich mit Abstrichen knapp behaupten. Die Zahl von Abgeordneten aus Regionalparteien verdreifachte sich fast gegenüber den vorangegangenen Regionalwahlen von 36 auf 98 in den Präfekturparlamenten und stieg von 39 auf 72 in 13 kreisfreien Großstädten (*MS* 12.04.2011). Die DPJ hatte die niedrigste Erfolgsrate ihrer Kandidaten in den Stadträten zu verzeichnen, sie brachte zwar 389 Bewerber durch, insgesamt aber waren nur 79,9 % erfolgreich gegenüber 91,7 % in 2007. Auffällig war auch, dass in den Bürgermeisterwahlen in 88 Städten rund ein Viertel der Amtsinhaber durchfielen (*NIKKEI* 25.04.2011).

In der Präfektur Aomori wurde nach der Katastrophe von Fukushima erstmals in der Region Tōhoku wieder ein Gouverneur gewählt, nachdem die Wahl verschoben worden war. Wahlkampfthemen waren der Wiederaufbau verwüsteter Gebiete und die Zukunft der Kernenergie. Der Sieger Shingo Mimura war für sicherheitspolitische Maßnahmen der Präfektur auf eigene Initiative eingetreten und hatte sich für Planung bzw. Weiterbau der Kraftwerksprojekte in Aomori ausgesprochen; in

dieser Position wurde er von LDP und Kōmeitō organisatorisch unterstützt und errang einen überwältigenden Sieg (YS 06.06.2011). Drei Monate später konnte die DPJ nach der Gouverneurswahl von Iwate wieder aufatmen: der amtierende Gouverneur Takuya Tasso wurde mit prominenter Unterstützung der Regierungspartei als Unabhängiger in der Katastrophenpräfektur wiedergewählt; Noda mag seinen Sieg mit gemischten Gefühlen betrachten: Tasso gilt als enger Gefolgsmann von Ichirō Ozawa (AS ONLINE 11.09.2011; MDN ONLINE 12.09.2011).

7. Die Katastrophe: Fukushima und die innenpolitischen Folgen

Ein Blick zurück: Vor 16 Jahren brachte das Hanshin-Erdbeben von 1995 den langjährigen Niedergangsprozess der LDP-Regierungen letztlich zum logischen, endgültigen Schlusspunkt – den Machtverlust. Angesichts der Hanshin-Katastrophe versagten alle LDP geführten Regierungsstellen, Premierminister Tomi'ichi Murayama bot ein Bild ratloser Ziellosigkeit, während z.B. die damals noch viel geschmähte japanische Armee als selbständig handelnde Organisation – teils gegen den Widerstand der regionalen Gewerkschaftsverbände (Hafenarbeiter) – zügig erste Hilfslieferungen in Ōsaka und Kōbe anlandete, die Nachbarschaftsgruppierungen (*chōnaikai*) auf der untersten Ebene Soforthilfe leisteten und angeblich sogar die Yakuza dabei waren, handelte die Regierung tagelang nicht oder nur halbherzig (FUKUSHIMA 1995). Die Mobilisierung der Armee für die Katastrophenhilfe 1995 hatte nicht nur administrative, d.h. strukturelle Probleme, sondern der Sozialist Murayama selbst zögerte auch aus ideologischen Gründen Soldaten einzusetzen.

Es hat den Anschein, dass nach der dreifachen Katastrophe von Fukushima – Erdbeben, Tsunami und Reaktor-Kernschmelze – die DPJ-Regierung unter Kan ähnlich planlos handelte wie vor sechzehn Jahren das LDP-Kabinett. Damals aber schien es eine Alternative zur LDP zu geben: Die DPJ als buntscheckige Oppositionspartei bot sich an. Einmal an der Macht zeigte sich, dass auch die DPJ als Teil ihres Entstehungsritzes die Schwächen der LDP übernommen hatte: Faktionsstreitigkeiten, persönliche Rivalitäten und inhärente Führungsschwächen zwischen Altsozialisten, Sozialdemokraten und ehemaligen mächtigen LDP-Bossen, die zur DPJ gewechselt waren. Premierminister Naoto Kan kündigte nach monatelangen Querelen im Juni 2011 seinen baldigen Rücktritt an, um ein Misstrauensvotum zu überstehen. Der verzögerte Abschied Kans von der Regierungsspitze erbitterte sowohl die oppositionelle LDP, als auch seine Widersacher in der DPJ – eine wirkliche Alternative zu Kan war aber nicht erkennbar.

Die tatsächlichen Ausmaße der Naturgewalten (und des politischen Versagens) waren noch nicht absehbar, aber schon wenige Tage nach der Katastrophe ersuchte Regierungschef Kan den Parteichef der LDP, Sadakazu Tanigaki, in aller Form als stellvertretender Regierungschef und Verantwortlicher für den Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete in das Kabinett einzutreten, kurz: Er schlug eine große Koalition vor – Tanigaki lehnte in aller Form ab, nachdem die LDP-Führung den Vorschlag Kans zurückgewiesen hatte. Es handele sich noch nicht um eine Staatskrise, der Vorschlag Kans käme zu unvermittelt und plötzlich, für eine große Koalition gäbe es keine ausreichende Vertrauensgrundlage (YS 20.03.2011). Ein Teil der (veröffentlichten) Meinung zeigte Verständnis für die Ablehnung der LDP, da Kan zuvor nicht den Kontakt mit der Opposition gesucht hatte. Kritisiert wurde auch seine zögernde Einbindung innerparteilicher Gegner in der DPJ, vor allem Ex-Außenminister Seiji Maehara, Ex-Regierungschef Yukio Hatoyama und vor allem Ichirō Ozawa, der aus der Katastrophenpräfektur Iwate stammt, hätte Kan früher einbinden müssen. Mit Skepsis wurde auch die Entscheidung des Regierungschefs betrachtet, das Kabinett um drei Mitglieder zu vergrößern: Auf den zwei zentralen Problemfeldern – Erdbebenhilfe und Folgenbewältigung der Nuklearkatastrophe – könnten die Kommunikationsstränge zwischen Regierung und Ministerialbürokratien sowie unter den Ressorts behindert werden (JT ONLINE 23.03.2011). Immerhin mobilisierte der Regierungschef 2011 im Unterschied zu Murayama 1995 umgehend die japanische Armee, 100.000 Soldaten der Selbstverteidigungsstreitkräfte wurden in Marsch gesetzt, ohne ideologische und organisatorische Verzögerungen.

7.1 Die Fukushima-Katastrophe: Nur ein verschwommenes Bild der Abläufe und Schäden

Im April veröffentlichte die Nationale Polizeibehörde (NPA) vorläufige Opferzahlen für die drei am stärksten betroffenen Präfekturen Iwate, Miyagi und Fukushima; damals wurden in Miyagi 8.669 Tote gezählt, in Iwate 4.160 und in Fukushima 1.448 (MS 25.04.2011). Im September nannte die NPA (vorläufige) Endzahlen:

Präfektur	Tote	Vermisste	Verletzte	Zerstörte Häuser
Iwate	4.859	1.666	188	20.001
Miyagi	9.462	2.145	4.007	75.265
Fukushima	1.603	241	241	17.629

Quelle: NATIONAL POLICE AGENCY (16.09.2011).

Vier Wochen nach der Katastrophe gab die NPA die Zahl der Toten mit 13.116, der Vermissten mit 14.377 an, 48.747 Häuser und 56 Brücken waren zerstört, ca. 150.000 Menschen mussten in Notunterkünften leben. Nach Polizeiangaben starben über 90 % der Opfer an den Folgen der Flutwelle, rund 65 % aller Toten waren über 65 Jahre alt, die meisten Opfer zwischen 70 und 79 Jahre (24 %). Vom 11. März bis 11. April konnten schließlich 13.154 Leichen geborgen werden, von ihnen wurden bis dahin 11.026 sicher identifiziert (*MS* 20.04.2011). Die vorläufigen Zahlen von Menschen, die ihre Habe verloren und deren Wohnungen zerstört wurden, erreichte ebenfalls beträchtliche Größenordnungen: In Iwate waren es 41.728, in Miyagi 40.0838 und in Fukushima 26.558. Genaue Opferzahlen lagen selbst fünf Monate nach der Erdbeben- und Tsunami-Katastrophe noch nicht vor, auch die Polizei korrigierte ihre Zahlen immer wieder: Die Zahl der Opfer wurde gegen Ende August von der NPA mit 15.719 Toten und 4.616 Vermissten angegeben (*AS ONLINE* 21.08.2011, s.o. Tabelle).

Schon unmittelbar nach der Katastrophe verschärfte sich die Kritik an den mangelhaften Vorbereitungen der Regierung und ihren völlig unzureichenden Hilfsmaßnahmen, die Fehler nach dem Hanshin-Erdbeben schienen sich zu wiederholen. Erdbeben- und Tsunami-Verwüstungen sind auch in der Geschichte der nordöstlichen Küstenpräfekturen Japans keineswegs ungewöhnlich, 1611, 1896 und auch 1933 waren starke Beben registriert worden. Erstmals seit der historischen Radioansprache seines Vaters Shōwa-Tennō zur Kapitulation 1945 wendete sich Kaiser Akihito direkt an das japanische Volk, angesichts der Katastrophe auch zum ersten Mal im TV (*JT ONLINE* 11.04.2011).

8. Kans Überlebensstrategie

Der Regierungschef hatte sich im Juni 2011 für eine gewagte, aber durchaus nicht ungeschickte Strategie entschieden, die seine Gegner auf allen Seiten in schwere Bedrängnis brachte: Er trat jetzt plötzlich für einen gezielten Ausstieg aus der Kernenergie, zumindest für eine deutlich reduzierte Abhängigkeit vom Atomstrom ein und griff damit eine Stimmung in der Bevölkerung auf. Die Opposition verlangte Kans Rücktritt zu Ende Juni 2011, er selbst hatte als Termin vage Ende August genannt. Eine große Koalition auf Vorschlag Kans hatten LDP und Kōmeitō abgelehnt, weil der Regierungschef angeblich eine »lame duck« sei. Gegen einen Rücktrittstermin im August sprach sich auch DPJ-Generalsekretär Katsuya Okada indirekt aus, trat in einem NHK-Interview aber ebenfalls für eine große Koalition ein (*JT ONLINE* 05.06.2011).

In die Enge getrieben, hätte Kan im August Neuwahlen ansetzen können, die mit dem Kernthema Atomausstieg mitten in die Erinnerung an die Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki getroffen hätten. Er milderte seinen Anti-Atom-Standpunkt zwar später vorübergehend ab, aber alle Gegner hatten die Zeichen verstanden: Mit diesem Programm hätte Kan sich durchsetzen können – trotz seiner Unbeliebtheit. Offen gegen die eigene Partei durfte Kan natürlich nicht handeln, sein ehemaliger Sonderberater für Nuklearfragen und seit Juni Minister für die Beseitigung der Folgen der Atomkatastrophe von Fukushima, Goshi Hosono, der als vehementer Verfechter der Kernenergie galt, warnte auch sofort davor, »in dieser Frage jetzt die Wähler zu befragen« (*ECONOMIST* 30.06.2011: 45).

Mit seiner verhüllten Drohung wollte Kan drei Grundforderungen durchsetzen: Erstens, Verabschiedung eines Sonderhaushalts zur Finanzierung der Hilfsmaßnahmen für die durch Erdbeben und Tsunami verwüsteten Gebiete, zweitens gesetzliche Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien und drittens weitere Gesetze zur Aufnahme von Krediten zur Finanzierung des Haushaltsdefizits. Die erste Bedingung wurde Ende Juni 2011 erfüllt, das Parlament verabschiedete einen Ergänzungshaushalt in Höhe von zwei Billionen Yen (ca. 24 Mrd. Euro), damit standen Anfang Juli für den Wiederaufbau insgesamt umgerechnet 54 Mrd. Euro zur Verfügung; in der zweiten Bedingung schien sich im Juni eine Einigung zwischen den Parteien abzuzeichnen. Schwieriger war die dritte Bedingung, weil Japans Politiker hier das warnende Beispiel der hoch verschuldeten USA und den irrationalen Showdown zwischen Demokraten und Republikanern vor Augen hatten. Die Opposition folgt dem Beispiel der US-Republikaner und verlangt harte Ausgabenkürzungen oder gänzliche Streichungen bei Projekten, die Kans Regierung zum Regierungsprogramm gemacht hatte, z.B. Bildungsgeld, Abschaffung der Mautgebühren auf Schnellstraßen oder das Schulgeld für öffentliche Oberschulen.

Nur zwei Wochen nachdem der japanische Wirtschafts- und Handelsminister seine Genehmigung zum Wiederanfahren der Kernkraftwerke gegeben hatte, die wegen routinemäßiger Wartungsarbeiten abgeschaltet waren, erklärte Regierungschef Kan am 6. Juli, dass die Anlagen zuvor einem strengen Stresstest unterzogen werden müssten. Zu diesem Zeitpunkt war das Vertrauen der Anwohner von Kernkraftwerken in die Aufrichtigkeit der Zentralregierung bereits auf dem Nullpunkt: Der Öffentlichkeit schien Kans Anweisung zu belegen, dass die vorangegangenen Routinetests nicht gründlich genug ausgefallen waren. Auch Regionalpolitiker wehrten sich: In der Präfekturversammlung von Saga stieß der Gouverneur der Präfektur auf harten Widerstand, als er die Reaktorblöcke 2 und 3 des Kernkraftwerks Genkai wieder anfahren lassen wollte (Blöcke 1 und 4 waren nicht abgeschaltet) (*JT ONLINE* 02.07.2011). Der Bürgermeister von Genkai, der anfangs dem Wie-

deranfahren zugestimmt hatte, zog seine Erlaubnis zurück mit der Begründung, »er (könne) der Regierung nicht trauen«. Die Betreiber gerieten ebenfalls in die öffentliche Kritik – wie schon TEPCO in Fukushima – nachdem bekannt geworden war, dass auch Kyushu Electric (Betreiber von Genkai) tausende Angestellte des Unternehmens angehalten hatte, als »einfache«, unbeteiligte Bürger per Fax und E-Mail das erneute Anfahren des Kraftwerks zu fordern (*ECONOMIST* 16.07.2011: 58).

Die Glaubwürdigkeit der Stresstests wurde von Beginn an in Zweifel gezogen: Die Tests sollten von Kraftwerksbetreibern selbst durchgeführt und von zwei staatlichen Agenturen überprüft werden, die offenkundig zuvor schon bei den Kontrollen der Kraftwerke versagt hatten.

9. Misstrauensvotum gegen Kans Kabinett – letzte Rettungsmanöver

Am 1. Juni kündigten LDP, Kōmeitō und Tachiagare Nippon einen Misstrauensantrag gegen die Regierung Kan im Unterhaus an – Ichirō Ozawa und Yukio Hatoyama, der eine ein Erzfeind Kans, der andere ein gescheiterter Regierungschef, aber beide »Parteifreunde« des Premierministers, ihre Unterstützung für das Misstrauensvotum an. Kleinkarierte Parteiquerelen und innenpolitischen Eifersüchteleien vor dem Hintergrund einer Jahrhundert-Katastrophe – zweifellos ein Armutszeugnis der politischen Kultur Japans. Zwei andere Oppositionsparteien, KPJ und SDPJ wollten sich enthalten, die Minna no Tō [»Your Party«] signalisierte Zustimmung. Ein Misstrauensvotum gegen das Kabinett muss im Unterhausplenarium in namentlicher Abstimmung mit absoluter Mehrheit verabschiedet werden; ist es erfolgreich, bleiben zwei Möglichkeiten: Rücktritt des Regierungschefs mit seinem Kabinett und/oder Auflösung des Unterhauses und Neuwahlen. Kan hätte das Misstrauensvotum ohne Probleme mit 80 DPJ-Abgeordneten, die gegen das Votum stimmen würden, überstehen können. Aber General Okada rechnete nur mit 60 DPJ-Parlamentariern, die vorbehaltlos hinter Kan stehen würden, es war von DPJ-Abweichlern die Rede, die eine neue Partei gründen könnten, nachdem sie Kan gestürzt hätten (*NIKKEI* 02.06.2011).

Kurz vor der Abstimmung über das Misstrauensvotum deutete Kan seine Bereitschaft zum Rücktritt an, er verlangte aber, dass vorher drei gesetzliche Maßnahmen zur Hilfe für die Katastrophenopfer verabschiedet werden müssten (*MS* 02.06.2011). Die Oppositionsparteien hatten sich mit dem angekündigten Misstrauensvotum in eine schwierige Lage manövriert: Keine Partei in der Opposition wollte wirklich die Regierungsverantwortung übernehmen, Neuwahlen in der Katastrophensituation

hätten zweifellos den Zorn der Bevölkerung ausgelöst und zu unberechenbaren Ergebnissen führen können; schließlich hatte Kan seinen Rücktritt zugesagt, allerdings ohne einen festen Termin zu nennen. Das Ergebnis fiel eindeutig aus: Nur 152 Abgeordnete stimmten für den Misstrauensantrag, 293 lehnten ihn ab, 33 erschienen nicht zur Abstimmung oder enthielten sich; insgesamt wurden 445 Stimmen abgegeben. Zwei DPJ stimmten für den Antrag, 15 DPJ-Parlamentarier erschienen nicht zur Stimmabgabe, darunter Ichirō Ozawa und die ehemalige Außenministerin Makiko Tanaka (YS 03.06.2011).

Kan klammerte sich Anfang August noch immer an seinen Posten und schaffte es, sich zu halten, obwohl die politische Klasse ihn verabscheute (das aber hat sie seit seinem Auftritt auf der politischen Bühne getan), die Medien ihn unbarmherzig attackierten und die Wähler ihn weg haben wollten (Unterstützungsrate unter 20 %). Andere Politiker standen aber noch schlechter da, so blieb die Gegenstrategie der politischen Gegner Kans in der eigenen Partei ein unkalkulierbares Risiko: Das Kabinett und die Parteiführung hätten geschlossen zurücktreten können – dann wäre Kan zwar am Ende gewesen, aber die tief greifende Regierungs- und Vertrauenskrise wäre keineswegs überwunden gewesen. Die Bevölkerung reagierte mit Unverständnis und Wut auf die Machtspielchen in der DPJ und zwischen Regierung und Opposition: Noch immer waren im Juli und August keine entschlossenen Maßnahmen ergriffen worden, um die Katastrophenopfer zu entschädigen und die Folgen der Verwüstungen zu beseitigen (FT ONLINE 02.06.2011). Nach überstandenem Misstrauensvotum ging Kan daran, seine Regierungsposition wieder auszubauen und zu stärken. Im Juni führte er eine weitere Kabinettsumbildung durch, indem er in seiner Regierung zwei weitere neue Ressorts schuf: das Ministerium für Kernenergie und das Wiederaufbau-Ministerium. Auf den Posten des Kernenergieministers berief Kan seinen Berater Kōshi Hosono (ehem. Stellv. Generalsekretär), für den Wiederaufbau nach der Katastrophe sollte der ehemalige Vorsitzende des Umweltausschusses und Umweltminister Ryō Matsumoto die Verantwortung übernehmen. Neuer Justizminister wurde Satsuki Eda, Staatsminister für Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten wurde Kazuyuki Hamada, der kurz zuvor aus der LDP ausgetreten war; er rückte für einen DPJ-Politiker auf diesen Posten, der bei der Misstrauensabstimmung gefehlt hatte und auf Druck Kans weichen musste (NIKKEI 28.06.2011).

Am 9. August informierte Kan schließlich Generalsekretär Okada, dass er sofort zurücktreten werde, sobald die verbleibenden zwei Gesetze zur Beseitigung der Schäden von Fukushima verabschiedet seien – zwei Monate nach seinem Rücktrittsversprechen, das zum Fehlschlag des Misstrauensvotums führte. Die DPJ hatte sich mit der oppositionellen LDP und Kōmeitō darauf geeinigt, gesetzliche Grund-

lagen zur Ausgabe von Staatsanleihen zur Defizitfinanzierung der Katastrophen-Folgekosten zu schaffen. Damit wäre die letzte der drei Bedingungen erfüllt, die Kan zur Voraussetzung seines Rücktritts gemacht hatte. In der DPJ begannen sofort nach Kans Mitteilungen fieberhafte Vorbereitungen für die Nachfolge im Parteivor-sitz: Das Defizitfinanzierungsgesetz könnte beide Häuser des Parlaments bis zum 24. August passieren, das Gesetz zum Ausbau der erneuerbaren Energien wäre mit den Änderungswünschen von LDP und Kōmeitō ebenfalls bis Ende August durch-zubringen – und das wäre »der letzte Nagel in Kan's Sarg« (*AEN ONLINE* 11.08.2011).

10. Neuer DPJ-Chef und Premierminister: Yoshihiko Noda

Spätestens seit Anfang August 2011 deutete vieles darauf hin, dass Kans Nachfolger Finanzminister Noda werden könnte, zumindest führte er das Rennen um den Parteivorsitz in der DPJ an. Er stand anfangs für eine große Koalition aus DPJ, LDP und Kōmeitō, die schon der glücklose Kan und sein Generalsekretär Okada vergebens angestrebt hatten. Auch der ehemalige Außenminister Maehara und selbst Okada unterstützten diesen Plan; die Opposition sollte unmittelbar in die Regie-rungsverantwortung eingebunden werden, so Noda, während sich Maehara auch eine »informelle große Koalition« von Fall zu Fall durch Abstimmungsbindnisse mit der Opposition im Parlament ohne formelle Regierungsbeteiligung vorstellen konnte (*AS ONLINE* 14.08.2011).

Insgesamt sieben Bewerber hatten sich im Vorfeld für die Wahlen zur Nachfolge Kans als Parteichef mehr oder weniger offen gemeldet: Bereits am 20. August meldeten Finanzminister Yoshihiko Noda und Landwirtschaftsminister Michihi-ko Kano ihre Ansprüche an, einen Tag zuvor Banri Kaieda, es folgten Verkehrs-minister Sumio Mabuchi und der ehemalige Außenminister Seiji Maehara, aber auch der frühere Vorsitzende des Lenkungsausschusses der DPJ-Abgeordneten im Unterhaus, Shinji Tarutoko sowie der ehemalige Umweltminister Sakihito Ozawa (nicht mit Ichirō O. verwandt) meldeten sich. Alle Bewerber suchten die Unterstüt-zung der Ozawa-Gruppe und der 30 Parlamentarier der Hatoyama-Fraktion, die mit Ozawa verbündet waren (*AEN ONLINE* 21.08.2011).

Von den sieben denkbaren Bewerbern konnten sich nur fünf Politiker realisti-sche Chancen ausrechnen, aber alle setzten auf frühes Taktieren, um später ihre Einflussmöglichkeiten in den Verhandlungen um Partei- und Kabinettposten ausspielen zu können. Bis zum letztmöglichen Zeitpunkt in der kurzen »Wahl-kampfphase« um die Parteipräsidenschaft suchten alle Bewerber Bündnisse zu schmieden, wobei die Haltung der Gruppen um Ozawa und Hatoyama den Aus-

schlag geben mussten. Angesichts der zahlreichen Kandidaten war eine Stichwahl unvermeidlich. Landwirtschaftsminister Kano verlor schnell seine wichtigsten Verbündeten, die zu Kaieda »überliefen«, Ex-Außenminister Maehara konnte sich bis zuletzt nicht von dem Schatten illegaler Spendenannahme von einer koreanischen Restaurantbesitzerin befreien und der frühere Verkehrsminister Mabuchi schien von Anfang an nur darauf abzuzielen, möglichst viele Stimmen im ersten Wahlgang zu sammeln, um sie später in einer Stichwahl als »Verhandlungsmasse« einsetzen zu können (*Jiji Press Online* 28.08.2011).

Ozawa und Hatoyama wollten wohl Kaieda stützen, aber es wurde auch über Abweichler aus beiden Gruppen gemunkelt. Noda konnte auf Unterstützung der Gruppe von Kan und anderen Parteiführern zählen, zusammen ca. 60 Parlamentarier gegenüber ca. 130 für Kaieda aus den Gruppen Ozawa und Hatoyama. Die DPJ-Gruppen der Parlamentarier aus der ehemaligen Minshatō und der Shakaitō, 30 bzw. 20 Parlamentarier wollten ihre Entscheidung in der Stichwahl fällen. Wie erwartet, konnte sich von den fünf Kandidaten keiner im ersten Wahlgang durchsetzen, in der folgenden Stichwahl siegte Yoshihiko Noda über Banri Kaieda; von 392 Stimmen der DPJ-Abgeordneten aus beiden Kammern des Parlaments entfielen 215 auf Noda, 177 auf Kaieda, drei Stimmen waren ungültig. Entscheidend für Nodas Sieg war die Unterstützung Kanos und Maeharas, die ihre Faktionen auf seine Seite führten. Das Wahlergebnis war auch eine Schlappe für den Machtbroker Ozawa, dessen ca. 120 Getreue zusammen mit der Hatoyama-Faktion für Kaieda gestimmt hatten. Die Noda- und die Maehara-Gruppe hatten sich darauf geeinigt, in der Stichwahl gemeinsam für den Erstplatzierten der beiden Gruppen aus dem ersten Wahlgang zu stimmen. Für Kaieda dürfte sich die massive Unterstützung Ozawas negativ ausgewirkt haben, der suspendierte Machtbroker aber wird diese weitere persönliche Niederlage zum Anlass nehmen, um die Spaltung in der DPJ weiter zu vertiefen – es geht um sein politisches Überleben (*TDY Online* 29.08.2011; *JT Online* 29.08.2011).

11. Noda – der unbekannte Kämpfer mit Stehvermögen

Nodas Wahlkreis ist im Kern die Trabantenstadt Funabashi, östlich von Tōkyō City, eine Ansammlung großer Pendlersiedlungen. Hier erarbeitete sich Noda in 25 Jahren eine politische Basis, das einzige der drei »ban« (japan. *sanban*), die für einen japanischen Politiker noch immer unverzichtbar scheinen: Das *kanban* (bekanntes Gesicht), das *kaban* (das wohl gefüllte Portemonnaie) und das *chiban* (die Basis). Freunde hatten Noda bis zuletzt abgeraten, sich um das Amt des Parteichefs zu

bewerben, aber der Träger des schwarzen Gürtels im Judo kämpfte – und gewann durch Kompromissbereitschaft Verbündete, sogar im Lager Ozawas (*ECONOMIST* 03.09.2011). Noda ist ein unbedingter Befürworter des Bündnisses mit den USA, aber er wird viel Porzellan kitten müssen mit Blick auf den Streit um die US-Stützpunkte in Japan. China sieht Noda als Chance und Risiko zugleich; er wird es vermeiden, als Regierungschef den Yasukuni-Schrein zu besuchen, glauben Beobachter. Die größte Bedrohung für Nodas Regierung ist machtpolitisch die unentwegte Forderung der oppositionellen LDP nach Neuwahlen, der vermeintlich kürzeste Weg der LDP zurück an die Macht.

12. Nodas Kabinett der »Balance und Versöhnung«

Die Wahl des neuen Partei- und Regierungschefs mag für Ozawa eine Niederlage gewesen sein – in seiner Kabinettsaufstellung aber verhalf Noda dem Machtbroker letztlich doch zu einem Triumph: Die drei härtesten Gegner Ozawas, Yoshito Sengoku, Yukio Edano und Katsuya Okada erhielten weder Ministerposten, noch setzte Noda einen von ihnen auf eine Führungsposition in der Partei (*AEN ONLINE* 04.09.2011). Ozawa-Getreue und Sympathisanten erhielten dagegen Schlüsselressorts, und die Ozawa-Gruppe zeigte sich hoch zufrieden. Als künftigen DPJ-Generalsekretär benannte Noda Azuma Koshiishi, der in dieser mächtigen Position über Kandidatenbesetzungen und finanzielle Zuweisungen für DPJ-Bewerber in Wahlen entscheiden kann. Einen engen Vertrauten berief Noda zum Regierungssprecher (Generalsekretär des Kabinetts) mit Osamu Fujimura, nachdem Okada das Amt abgelehnt hatte; Fujimura gilt jedoch als enger Weggefährte Okadas. Manche Medien vergleichen ihn mit der rundlichen Comic-Figur Doraemon, der unermüdlich seinem jungen Freund Nobita aus der Patsche hilft (*AEN/AJW ONLINE* 02.09.2011). Auf ihren Posten blieben Goshi Hosono (Staatsminister für die Fukushima-Atomkatastrophe) und Tatsuo Hirano (Staatsminister für den Wiederaufbau der Katastrophengebiete), auch Shōzaburō Jimi von der Neuen Volkspartei behielt aus Koalitionserwägungen seinen Posten als Staatsminister für finanzielle Dienstleistungen und Postreform. Ein anderer Vertrauter Okadas ist Masaharu Nakagawa, der den Posten des Erziehungsministers übernahm, während ein weiterer Okada-Mann, Jun Azumi, Finanzminister wurde; diese Nominierung gilt als Signal, dass Noda die Finanzpolitik weiter unter seiner strikten Kontrolle halten will. Außenminister wurde Koichiro Genba, der für eine transpazifische Freihandelszone eintritt (TPP). Ein deutliches Signal für weitere Reformen unter seiner Führung war die Ernennung der Ministerin Renhō zu sehen, die Verwaltungsreformen vorantrei-

ben soll. Reformaufgaben sollen auch der Vertraute des Ex-Außenministers Seiji Maehara und Motohisa Furukawa, als Staatsminister für Steuer und Sozialversicherungsreformen übernehmen. Ein weiteres Mitglied der Maehara-Gruppe wurde Minister für Gesundheit, Arbeit und Wohlfahrt: Yoko Komiyama. Als Beschwichtigungsgeste gegenüber Ichirō Ozawa wurden zwei Politiker aus seiner Gruppe ins Kabinett berufen: Kenji Yamaoka (Vorsitzender der Kommission für nationale Sicherheit) und Yasuo Ichikawa (Verteidigungsminister). Der Verteidigungsminister verdankt nach einem Absturz seine fortgesetzte politische Karriere dem Einsatz Ozawas, der ihm 2007 zu einem Oberhausmandat verhalf, nachdem er seinen Unterhaussitz verloren hatte (*AS/AJW ONLINE* 02.09.2011). Insgesamt hat Noda offenbar versucht, alle Gruppen in der DPJ zu beteiligen, um größtmögliche Einigkeit herzustellen; allerdings erhielten Kaieda und Mabuchi, die gegen Noda kandidiert hatten keine Kabinettposten, während Kano Landwirtschaftsminister blieb, da seine Gruppe in der Stichwahl für Noda gestimmt hatte. Noda setzt auf reibungslose Parlamentsarbeit auch mit der Opposition, wenn sich auch Pläne zu einer großen Koalition vorerst zerschlagen haben: Sechs Minister waren im Laufe ihrer politischen Karriere Vorsitzende des Lenkungsausschusses der DPJ-Parlamentarier im Unterhaus (*AEN/AJW ONLINE* 04.09.2011; *AEN/AJW ONLINE* 02.09.2011).

Jahrzehntelang hatten die LDP-Regierungen alle wichtigen politischen Entscheidungen in ein parteiinternes »Vorverfahren« verlagert: Entscheidungsvorlagen wurden im Kabinett nur noch abgenickt, nachdem der »Ausschuss für politische Grundsatzfragen« in der LDP die Parteilinie abgeklärt und festgelegt hatte – ein klassisches *nemawashi*, das gesicherte Parlamentszustimmungen gewährleistete, aber die Rolle des Kabinetts marginalisierte. Im Wahlkampf 2009 hatte die DPJ deshalb gelobt, wieder die Rolle der Kabinettsmitglieder zu stärken, unter Yukio Hatoyama wurde sogar der DPJ-Ausschuss für politische Grundsatzfragen aufgelöst. Noda will nun offenbar wieder stärker die Partei an Entscheidungen beteiligen, nachdem Kan schon bei seinem Amtsantritt diesen Ausschuss wieder belebt hatte. Der damalige Vorsitzende Kōichirō Genba war zugleich Staatsminister für nationale Politikstrategien und hält heute als Außenminister ein Schlüsselressort. Der jetzige Vorsitzende des DPJ-Politikausschusses, Seiji Maehara, sichert umfangreiches Mitspracherecht der Partei (*AEN/AJW ONLINE* 01.09.2011).

13. Wirklich ein neuer Ansatz? Stolperstart nach einer Woche

Schon acht Tage nach Bildung seines Kabinetts musste Noda eine erste schwere Schlappe einstecken: Ausgerechnet der Handels- und Wirtschaftsminister Yoshio

Hachiro musste zurücktreten. Bei einem Antrittsbesuch im Katastrophengebiet von Fukushima hatte er im Beisein Nodas gegenüber Journalisten einen schlechten Witz über »ansteckende« Radioaktivität gemacht und die evakuierten Orte in Fukushima als »Totenstädte« bezeichnet. Die Atomaufsichtsbehörde NISA als Überwachungsorgan der Nuklearsicherheit, die nach dem GAU von Fukushima ins Gerede gekommen war, untersteht dem Handels- und Industrieministerium (METI) – umso peinlicher waren die verbalen Entgleisungen des Ministers für Regierungschef Noda.

Nachfolger Hachiros wurde Nodas enger Vertrauter Yukio Edano, der früher als Regierungssprecher Noda zur Seite gestanden hatte. Weltweit bekannt wurde Edano, als er in diesem Amt die japanische Öffentlichkeit und die Welt über den Verlauf der Katastrophe von Fukushima informieren musste. Mit seiner Ernennung zum Wirtschaftsminister wurde dann doch noch ein harter Gegner Ozawas Kabinettsmitglied, eine neue Runde im innerparteilichen Machtkampf scheint eingeleitet.

Literatur

Anmerkung: Die Zeitungszitate ohne Webadresse sind dem monatlichen Zeitungsausschnittarchiv Gekkan Shinbun Digest (Tōkyō) entnommen. Daten und Seitenzahlen entsprechen den Angaben dieses Archivs.

- AEN (ASAHI EVENING NEWS) ONLINE* (04.06.2010), »Kan Elected Primeminister«, <http://www.asahi.com/english/TKY201006040248.html> (28.09.2011).
- AEN ONLINE* (15.01.2011), »Cabinet Reshuffled to Focus on Tax Reform, TPP«, <http://www.asahi.com/english/TKY201101140267.html> (29.09.2011).
- AEN/AJW (ASAHI EVENING NEWS/ASAHI JAPAN WATCH) ONLINE* (04.01.2011), »Edano Gets Key Post as Feud Rages in DPJ«, <http://www.asahi.com/english/TKY201101040269.html> (03.08.2011).
- AEN ONLINE* (06.08.2011), »Row Escalates over Timing of Kan's Resignation«, <http://www.asahi.com/english/TKY201106030142.html> (14.08.2011).
- AEN ONLINE* (08.03.2011), »Analysis: Maehara's Resignation another Staggering Blow to Kan Cabinet«, <http://www.asahi.com/english/TKY201103070086.html> (16.08.2011).
- AEN ONLINE* (11.08.2011), »The End Is Near: With Conditions Met, Kan to Step Down«, <http://www.asahi.com/english/TKY201108100281.html> (01.09.2011).
- AEN ONLINE* (01.09.2011), »Noda Dilutes Cabinet's Role in Policy Decisions«, <http://www.asahi.com/english/TKY201108310233.html> (14.09.2011).

- AEN ONLINE* (29.08.2011), »Rapid Turnover of Leaders Points to Deep-Rooted Political Problems«, <http://www.asahi.com/english/TKY201108290225.html> (30.08.2011).
- AEN ONLINE* (05.08.2011), »Kaieda Sacks 3 Key Officials over Nuclear Crisis, Scandal«, <http://www.asahi.com/english/TKY201108040313.html> (15.08.2011).
- AEN ONLINE* (21.08.2011), »Who's Who of DPJ Leaders May Run for Party President«, <http://www.asahi.com/english/TKY201108200153.html> (21.08.2011).
- AEN ONLINE* (21.08.2011), <http://www.asahi.com/special/10005/TKY201108210259.html>, (21.08.2011).
- AEN/AJW ONLINE* (02.09.2011), »Profile: Yasuo Ichikawa: Close Ozawa Ally in Charge of Defense Matters«, http://ajw.asahi.com/article/behind_news/AJ201109028781 (04.09.2011).
- AEN/AJW ONLINE* (02.09.2011), »Noda Forms Cabinet, Focuses on Recovery«, <http://www.asahi.com/english/TKY20109020291.html> (04.09.2011).
- AEN/AJW ONLINE* (03.09.2011), »Noda Nixes Key Anti-Ozawa Trio in Forming Cabinet«, <http://www.asahi.com/english/TKY201109030167.html> (04.09.2011).
- AEN/AJW ONLINE* (02.09.2011), »Noda Cabinet Includes 6 Ex-Diet Affairs Chiefs«, <http://www.asahi.com/english/TKY201109030165.html> (04.09.2011).
- AEN/AJW ONLINE* (02.09.2011), »Noda Chooses ›Doraemon‹ Chief Cabinet Secretary«, http://ajw.asahi.com/article/behind_news/AJ201109028769 (14.09.2011).
- AS (ASAHI SHINBUN)* (22.11.2010), »Yanagida Hōshō o Kōtetsu ›Kokkai Keishi‹ Hihan Uke: Shushō Hosei Seiritsu o Yūsen« [Justizminister Yanagida nimmt Kritik wegen ›Missachtung des Parlaments‹ an und tritt zurück. Premierminister stellt Sicherung des Nachtrags(haushalts) voran] (12/10: 39).
- AS (ASAHI SHINBUN) ONLINE* (14.08.2011), »Dairenritsu, Okada, Maehara-shi mo San'i Noda-shi jinēi ga Ashigami« [Große Koalition, Okada, Maehara stimmen auch zu: Noda einen Schritt näher an diese Position], <http://www.asahi.com/politics/update/0814/TKY201108140131.html> (14.08.2011).
- AS ONLINE* (19.08.2011), »Kaieda-shi, Minshūdaihyō-Senkōho o Seishiki Hyōmei, Kano-shi mo Iyoku« [Kaieda gibt offiziell seine Kandidatur um DPJ-Vorsitz bekannt, Auch Kano signalisiert Absichten], <http://www.asahi.com/politics/update/0819/TKY201108190188.html> (19.08.2011).
- AS ONLINE* (11.09.2011), »Iwate Chiji Tasso-shi ga Zaisen Ozawa-shi Chokkei, Zen Kengira o Yaburu« [Tasso als Gouverneur von Iwate wiedergewählt: Enge Nähe zu Ozawa. Ehemalige Präfekturparlamentarier geschlagen], <http://www.asahi.com/politics/update/0911/TKY201109110283.html> (18.09.2011).
- BLOOMBERG ONLINE* (11.04.2011), »Japan Ruling Party Suffers Regional-Election Setback One Month After Quake«, <http://www.bloomberg.com/news/2011-04-10/shintaro-ishihara-elected-to-fourth-term-as-governor-of-Tōkyō-nhk-says.html> (17.08.2011).

- ECONOMIST* (30.06.2011), »Japan's Hopeless Politics: Nuclear Options«, 45.
- ECONOMIST* (16.07.2011), »Japan's Nuclear Crisis: A Question of Trust«, 58.
- ECONOMIST* (03.09.2011), »The Mud-Lover«, 47.
- ECONOMIST* (10.04.2011), »A Foreigner in Her Own Home«, 60.
- FT (FINANCIAL TIMES) ONLINE* (02.06.2011), »Kan Survives Confidence Vote«, <http://www.ft.com/cms/s/0/f14f84ee-8cc8-11e0-beca-00144eab49a.html#axzz1V06n1lbf> (14.08.2011).
- FUKUSHIMA, GLEN S. (1995), »The Great Hanshin Earthquake«, in: *JPRI Occasional Paper*, No. 2, <http://www.jpri.org/publications/occasionalpapers/op2.html> (01.09.2011).
- FUNAKOSHI, TAKASHI (2011), »Kitazawa Pivotal in Snaring Yosano«, in: *AEN ONLINE*, 19. Januar, <http://www.asahi.com/english/TKY201101180498.html> (05.08.2011).
- JII PRESS ONLINE* (29.07.2011), »Mabuchi Speaks of Bid for DPJ Pres. Race«, <http://jen.jiji.com/eng?g=eco&k=2011072901223> (30.07.2011).
- JII PRESS ONLINE* (28.08.2011), »Ozawashi [Ippatsu de sadameru] = 5 Jinèi, giri giri made Tasu Kôsaku« [Ozawa: »Mit einem Schlag entscheiden« = 5 Lager, Arbeit an Mehrheiten bis zuletzt], <http://www.jiji.com/jc/c?pol&k=201182800147> (01.09.2011).
- JT (JAPAN TIMES) ONLINE* (05.06.2011), »Okada Willing to Form ›Grand Coalition‹ with LDP: Opposition Tells Kan to Step Down in June«, <http://search.japantimes.co.jp/cgi-bin/nn20110605x1.html> (14.08.2011).
- JT ONLINE* (11.04.2011), »Nation's Unpreparedness Ahead of Disaster Is Blasted«, <http://search.japantimes.co.jp/cgi-bin/nn20110412fl.html> (18.09.2011).
- JT ONLINE* (11.04.2011), »Streamline Relief Operations«, <http://search.japantimes.co.jp/cgi-bin/ed20110323al.html> (18.09.2011).
- JT ONLINE* (29.08.2011), »Noda Victorious in Race for Prime Minister. Fiscal Hawk Defeats Kaieda in a Runoff for DPJ Presidency«, <http://search.japantimes.co.jp/print/nn20110829x2.html> (18.09.2011).
- KONNO, SHINOBU und NORIHITO SATO (2011), »Scandal Makes Shambles of Economy Minister Kaieda's Plans«, in: *AEN ONLINE*, 2. August, <http://www.asahi.com/english/TKY201108020252.html> (04.09.2011).
- KÖLLING, MARTIN (2011), »Japan kämpft gegen Kernkraftklüngel«, in: *FTD*, 5. August, 13.
- MDN (MAINICHI DAILY NEWS) ONLINE* (21.08.2011), »Farm Minister Kano Willing to Enter DPJ Leadership Race«, <http://mdn.mainichi.jp/mdnnews/news/20110821p2goomodmo0400> (21.08.2011).
- MDN ONLINE* (12.09.2011), »Incumbent Tasso Wins Iwate Gubernatorial Election«, <http://mdn.mainichi.jp/mdnnews/national/archive/news/2011/09/12/20110912p2goomodmo8300oc.html> (18.09.2011).
- MS (MAINICHI SHINBUN)* (11.04.2011), »Chiji, Seirei Shichō no Kakutei Tōhyō« [Gesicherte Stimmzahlen für Gouverneure und Bürgermeister kreisfreier Städte] (5/11: 100).

- MS (12.04.2011), »41 Dō, Fu, Ken Gisen Bunseki« [Analyse der Wahlen zu Regionalparlamenten in 41 Groß-Gebietskörperschaften] (5/11: 101).
- MS (20.04.2011), »Higashi Nippon Dai-Shinsai: 9-Wari ga Suishi, Hisai 3-ken, Rokusai Ijō 65 %« [Das Große Erdbeben in Ostjapan: 90 % ertrunken, Opfer in 3 Präfekturen, 65 % über 60 Jahre] (6/11: 55).
- MS (27.11.2010), »Sengokushi Monseki Kaketsu, Mabuchishi mo, Shūshō Kōtetsu Sezu« [Sengoku wird gerügt, Mabuchi auch, Premierminister nimmt keinen Postenwechsel vor] (12/10: 58).
- NATIONAL POLICE AGENCY (16.09.2011), <http://www.npa.go.jp/archive/keibi/biki/higaijio-kyo.pdf> (19.09.2011).
- NIKKEI (22.02.2011), »Yosan Kanren Hōan: Shamin, Kōmei ga Hantai« [Haushaltsbezogene Gesetze. SPJ und Kōmeiō dagegen] (3/11: 72).
- NIKKEI (01.04.2011), »41 Dō Fu Ken Gisen Shinsai-ka Kokuji: Iwate, Miyagi, Fukushima a Enki« [Ankündigung der Wahlen von Regionalabgeordneten in 41 Gebietskörperschaften: Verschiebung in Iwate, Miyagi und Fukushima] (5/11: 97).
- NIKKEI (25.04.2011), »Genshoku Shichō no Rakusen Medatsu« [Niederlagen amtierender Bürgermeister auffällig] (5/11: 105).
- RAFFERTY, KEVIN (2011), »Japan's Immense Challenge«, in: *JT ONLINE*, 17. März, <http://search.japantimesco.jp/print/e020110317al.html> (01.08.2011).
- SANKEI (05.03.2011), »Maehara Gaishō Gaikokujin kara Kenkin« [Außenminister Maehara bekam Geld von Ausländerin].
- TAKAHARA, KANAKO (2010), »Sengoku's Growing Influence Causes a Stir: Top Government Spokesman's Power Evident in Cabinet Reshuffle«, in: *JT ONLINE*, 23. Oktober, <http://search.japantimes.co.jp/print/nn20101023fl.html> (03.08.2011).
- TDY (*THE DAILY YOMIURI*) ONLINE (29.07.2011), »Credibility Shot to Pieces / Latest Utility Scandal also Sullies Govt Nuclear Safety«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/T110729006712.htm> (04.09.2011).
- TDY ONLINE (29.08.2011), »Noda Wins DPJ Race«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/20110829dyo.1htm> (01.09.2011).
- TDY ONLINE (25.07.2011), »Maehara Comments Spark Talk of Run to Replace Kan«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/T11072400263o.htm> (27.07.2011).
- TDY ONLINE (27.12.2010), »Censure Motions Kan Death Knell? Opposition Could Leverage Cabinet Attacks to Achieve Diet Paralysis, Kan's Downfall«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/T101127002336.htm> (16.08.2011).
- YOKOTA, TAKASHI (2011), »The Sun Also Rises«, in: *Newsweek*, 12. September: 10.

- YS (*YOMIURI SHINBUN*) (23.04.2011), »Nichi-Doku Ketsugi, Jimin ni Hantai: Kōryū 150-Chōnen, Asō Abe-ra Taiseiki« [Japanisch-Deutscher Parlamentsbeschluss, Widerstand in der LDP: Gedenktag 150 Jahre Beziehungen, Asō, Abe u.a. verlassen ihre Plätze] (4/11: 70).
- YS (07.02.2011), »Fuman no Ukezara«, ›Ikkasei« [›Auffangbecken der Unzufriedenheit«, ›Eindimensional«] (3/11: 65).
- YS (20.03.2011), »Tanigaki-Shi, Nyūkaku o Seishiki Hitei« [Tanigaki lehnt in aller Form Eintritt in die Regierung ab] (4/1184).
- YS (11.04.2011), »Ishihara Tō-Chiji, Daisa Yon-Sen: Minshū ›tai Kekkei Zenpai« [Ishihara mit großem Abstand zum vierten Mal als Tōkyōs Gouverneur gewählt: ›Gegenentwurf« der DPJ völlig unterlegen] (5/11: 98).
- YS (*YOMIURI SHINBUN*) *ONLINE* (03.08.2011), »Minshū: Mabuchi-shi, Shushō a Kongetsu mae ni Jinin to Kōen« [DPJ: Mabuchi-Vortrag, der Premierminister tritt noch vor Monatsende zurück], <http://www.yomiuri.co.jp/politics/news/20110803-OYT1T00072.htm> (04.08.2011).
- YS *ONLINE* (08.02.2011), »Nagoya, Aichi Races Rebuke Establishment«, <http://www.yomiuri.co.jp/dy/national/T110207005137.htm> (17.08.2011).